

Hochschulreform wird überall zügig verwirklicht

Halle: Postgraduales OF-Studium

Mit Beginn des Studienjahres 1968/69 wird an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle ein postgraduales Studium „Operational Research“ eingerichtet. Dieses Studium wird Kenntnisse vor allem auf folgenden Gebieten vermitteln: Quantifizierung von Entscheidungssituationen; Bewertung von Zielen; funktionelle Darstellung der Beziehungen zwischen Entscheidungsparametern; Formulierung von Nebenbedingungen und ihre funktionale Darstellung; mathematische Optimierung von Zielfunktionen unter Nebenbedingungen; Optimierung stochastischer Prozesse; Analyse hochgradig unbestimmter Entscheidungssituationen mit Hilfe der Spieltheorie, Ausarbeitung optimaler Strategien.

Im Studium wird auch mit der Programmierung für den Kleincomputer „Cellatron“ und für den „Robotron 300“ vertraut gemacht. Zum Studium gehören Vorlesungen, Seminare und Übungen, es dauert vier Semester.

Magdeburg: Weniger vorzeitige Exmatrikulationen

Statt bisher einer schriftlichen Prüfung im Fach Chemie nach dem I. Semester schreiben die Studenten der TH Magdeburg im Herbstsemester 1967/68 erstmals zwei Klausuren und mußten, wenn die Klausurergebnisse unbefriedigend waren, zur mündlichen Prüfung, Überdurchschnittliche Leistungen in der ersten Klausur befreiten außerdem von der zweiten. Die Mitarbeiter des Chemischen Instituts erreichten dadurch eine kontinuierliche Beschäftigung der Studenten mit dem Stoff und damit einen Prüfungsdurchschnitt bei gleichen Anforderungen von 3,77 1968 gegenüber 3,50 1967. Die Zahl der vorzeitigen Exmatrikulationen schon nach dem ersten Semester konnte so erheblich gesenkt werden.

Jena: Studienprogramme gemeinsam mit Zeiss erarbeitet

Für die weitere Umgestaltung der Jenaer Universität wurden jetzt die Ausbildungsschwerpunkte festgelegt. Neben der Lehrerbildung in acht Fächern und der Ausbildung von Medizinern stehen die Disziplinen Chemie, Physik, Wirtschaftsrecht und Sozialpsychologie im Vordergrund. Das entspricht den Anforderungen des strukturbestimmenden Volkswirtschaftsschwerpunkts wissenschaftlicher Gerätebau, auf den sich die Friedrich-Schiller-Universität konzentrieren wird. Die neuen Studienprogramme in Physik, Chemie, Mathematik und Ökonomie wurden gemeinsam mit Vertretern des VEB Carl Zeiss ausgearbeitet und berücksichtigen so besser die zukünftigen Anforderungen der sozialistischen Praxis an die Absolventen.

Greifswald: Sektion Geowissenschaften

Eine Sektion „Geologische Wissenschaften“ mit den Abteilungen Lagerstätten-erkundung – Geoteknik und Geophysik – Lithologie wurde kürzlich an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald gegründet. Sofort nach der Gründung schloß die Sektion einen Vertrag mit dem VEB Erdöl-Erdgas Grimmen. Der Betrieb betreibt sich an Vorlesungen und Seminaren, Praktika und Exkursionen, die Universität übernimmt die postgraduale Weiterbildung. Fachleute beider Einrichtungen arbeiten in den Arbeitsgemeinschaften beider Institutionen zusammen.



Foto: Zentralbild

UZ 20/68

Im ersten Teil dieses Beitrages (UZ 18/68) stellten wir die Ziele einer demokratischen Hochschulreform in Westdeutschland den Absichten der Monopole gegenüber und baten, den Mechanismus der Gleichschaltung der Hochschulen darzulegen. Die Monopole nehmen Einfluß über 1. direkt von den Monopolen geschaffene Institutionen, 2. staatliche Einrichtungen des Bundes und der Länder.

3. über die „wissenschaftliche Selbstverwaltung“

Hierzu zählen neben den Hochschulen selbst vor allem die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK). Die DFG ist geradezu ein klassisches Beispiel dafür, wie der Einfluß der Monopole und des Staates steigt, je mehr das jeweilige Organ an tatsächlichen Entscheidungen beteiligt ist, während der Anteil der Wissenschaftler dort am höchsten ist, wo vor allem Arbeiten vorbereitend und empfehlend Charakter geleistet werden.

Zum Senat der DFG gehören 33 Professoren. Nur einer von ihnen vertritt direkt ein Monopol – Prof. Karl Winnacker, Vorstandsvorsitzender der Farbenwerke Hoechst. Dieser Senat berät die gemeinsamen Anliegen der Forschung, die Tätigkeit der wissenschaftlichen Kommission und die Bildung der Schwerpunkte. Der Haushaltsplan – also de facto die Themensicherung – wird vom Kuratorium der DFG entschieden, dem aber 11 Minister, 6 Ministerialdirektoren des Bundes und 5 Vertreter des Stifterverbandes angehören. Dabei sind die Monopolvertreter bis auf einen schon mehr als 10 Jahre im Amt, sichern also einen kontinuierlichen Einfluß der Monopole, während die Vertreter der Hochschulen jährlich zu einem Drittel ausgewechselt werden. Die konkrete Arbeit leistet dann der Ausschuß für angewandte Forschung der DFG, in dem sogar 18 von 26 Mitgliedern Vertreter des Staates und der Monopole sind.

Und das ist das Ergebnis dieser Zusammensetzung: Die Schwerpunktprogramme der DFG werden mehr und mehr zu getarnten Unterstützungen für Sonderprogramme des Bundes (Raumfahrt, Atomforschung usw.). Außerdem werden seit der Gründung des Atomministeriums immer mehr Arbeitsgebiete (z.B. der Chemie und der Physik) den Kompetenzen der DFG direkt und offiziell entzogen.

Die einzigen Organe der DFG ohne direkte Monopolinflüsse sind die 26 Fachschüsse, deren Mitglieder von allen Wissenschaftlern der Hochschulinstitute gewählt werden und beschränkte Entscheidungsbefugnisse besitzen. Aber auch für ihre Beeinflussung gibt es spezielle Fachorgane der Monopole, mit denen die Fachschüsse notgedrungen eng zusammenarbeiten. Denn:

„Die Förderung der Forschung erfolgt vornehmlich über die Wirtschaftsorganisation der Elektrotechnik. Sie ist mit der Erfüllung zweckgebundener Aufträge gekoppelt.“ (Prof. Kupfmüller)

A über direkte personelle Verbindungen

Die Monopole haben mit Krupp-Direktor Stoltenberg nicht nur ihren Mann auf den Sessel des Wissenschaftsministers gezogen, sie haben nicht nur die DFG oder den Wissenschaftsrat mit ihren Männern durchsetzt – sie wirken auch direkt an den Hochschulen und Universitäten: Von 31 leitenden Kadern (Aufsichtsratsmitgliedern, Vorstandsmitgliedern, Direktoren) der IG-Farben-Gruppe (Bayer, BASF, Farbenwerke Hoechst, Chemische Werke Huls und Casella Farbenwerke Meinkun) sind:

- 13 in Organen des Stiftungsverbandes und von Stiftungen
15 in Organen der industriellen Gemeinschaftsforschung und wissenschaftlicher Gesellschaften
4 in staatlichen Lenkungsorganen der Wissenschaft
19 in Organen der DFG, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft
12 Lehrer an Universitäten und Hochschulen
6 in Kuratorien von Förderergesellschaften der Universitäten und Hochschulen
22 (mindestens) Ehrendoktoren und Ehrensensoren von Universitäten und Hochschulen

Hochschulen unterm Joch der Monopole

Die anderen Konzerne stehen dem nicht viel nach. Die Vorlesungsverzeichnisse von 7 Technischen Hochschulen bzw. Universitäten weisen 89 Ehrensensoren, Ehrenbürger und Lehrbeauftragte von 6 Monopolgruppen aus:

Table with 7 columns: Monopole, TH Aachen, TH Braunschweig, TH Darmstadt, TH Stuttgart, TH München, TH Karlsruhe, TH Westfalen. Rows include IG-Farben-Gruppe, Thyssen-Konzern, Haniel-DEA, Flick-Konzern, Siemens-Konzern, AEG-Konzern.

Und so wirkt dieser Mechanismus

RANGFOLGE

Die Monopole sind selbstverständlich an kurzen Studienzeiten interessiert, um schnell ihren Kaderbedarf decken zu können. 1961 verlangte der Gesprächskreis Wissenschaft-Wirtschaft – also das Führungsorgan der Monopole – in einer Entscheidung:

„Das Studium muß einen weiteren Bereich der Technik umschließen. Die Studienlänge sollte auf 8 Semester abgestellt werden.“

1962 publizierte der Wissenschaftsrat – also das staatliche Beratungsorgan – besonders für die Ingenieurwissenschaften neue Studienpläne (Empfehlungen), die eine Studienzeit von 8 Semestern realisieren sollte.

1963 dann beschloß die Kultusministerkonferenz:

„Die Minister und Senatoren empfehlen, der Verlängerung der Studiendauer entgegenzuwirken... Die Kultusminister werden in allen Fällen, in denen eine direkte oder indirekte Einflußnahme auf Prüfungs- und Studienordnungen möglich ist, im Sinne der Empfehlungen handeln.“

Nachdem die Organe der Monopole und des Staates ihre Forderungen klar gestellt hatten, gab auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz klein bei, gab noch 1964 eine Empfehlung zur Studienverkürzung aus, untersagte jede weitere Verlängerung; 1965 schließlich gab sie mit der Einrichtung akademischer Zwischenprüfungen und der Zwangsmatrikulation bei Studienzeitüberschreitung wesentliche Teile der so sorgsam gehüteten „akademischen Freiheit“ zugunsten der Monopole auf. In absehbarer Zeit wird es eine vollständig ausgebaute Lenkung des Hochschulstudiums und der Lehre geben. 1966 schon existierten für 23 Fächer Diplamprüfungsordnungen und Studienpläne sowie Magisterprüfungen für Fächer der Philosophischen Fakultät ohne Diplomabschluß.

Monopol – Staat – Hochschule ist also die Rangfolge, in der das System der Wissenschaftslenkung und -planung tatsächlich funktioniert, wobei eindeutig das Zusammenwirken von monopolistischer Zielsetzung, staatlicher Gewalt und politisch-ideologischen Kräften hervortritt.

SCHWERPUNKTBILDUNG

Schwerpunkte in der Forschung werden vom Wissenschaftsrat empfohlen, festgelegt werden sie von der DFG und vom Wissenschaftsministerium des Bundes, dessen

Schwerpunktprogramm entscheidende Bereiche und Mittel der Kompetenz der DFG von vornherein entzieht.

Die Schwerpunkte des Bundes werden mittels staatlicher Gewalt und der Finanzierung konsequent durchgeführt. So wurden die vom Wissenschaftsrat empfohlenen Schwerpunkte auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt tatsächlich realisiert, die TH Aachen, Stuttgart, Braunschweig, Westberlin und München großzügig ausgestattet bei radikaler Negation der historischen und sachlichen Voraussetzungen an den TH Hannover und Karlsruhe, wo alle Ansätze zur Lehre und Forschung auf diesem Sektor liquidiert wurden.

Neben diesen militärisch höchst relevanten Gebieten, die im Schwerpunktprogramm des Bundes zusammengefaßt sind, steigt auch der Anteil an der unmittelbaren Militärforschung der Hochschulinstitute. Das zeigt neben einzelnen bekanntgewordenen Forschungsthemen vor allem der Rückgang der veröffentlichten Themen im Vergleich zur personellen und baulichen Weiterentwicklung.

Auch in allen anderen (nicht beim Bund konzentrierten nicht unter vorrangig staatlich-militärischen Gesichtspunkten behandelten) Gebieten bilden sich Schwerpunkte heraus – aber nicht die, die der Wissenschaftsrat 1960 vorgeschlagen hat: Auf dem Gebiet der Fernmeldetechnik war Darmstadt vorgeschlagen, tatsächlich bilden sich Schwerpunkte in Aachen und Karlsruhe. Fertigungstechnik konzentriert sich in Stuttgart, obwohl Hannover vorgesehen war.

Hier zeigt sich, daß die wissenschaftlichen, traditionellen oder sachlichen Gesichtspunkte, unter denen z.T. Wissenschaftsrat und DFG ihre Entscheidungen trafen, von anderen Einflüssen überlagert wurden, die offensichtlich stärker waren. Das erklärende Stichwort heißt Mehrquellenfinanzierung.

Prof. Kneule, Institut für Verfahrenstechnik der TH München, bedankte sich zu Jahresende bei folgenden Institutionen für finanzielle oder materielle Hilfe (Geräte, Apparate) beim Aufbau des Instituts:

Max-Büchner-Forschungsstiftung Verein Deutscher Maschinenbaugesellschaften

Bund der Freunde der TH München (Vorsitzender: E. V. Siemens) Farbenfabriken Bayer Badische Anilin- und Sodafabriken Farbenwerke Hoechst

Sechs verschiedene Finanzquellen außer den offiziellen Etatmitteln von Land Bayern! Die im Vergleich zu anderen führenden kapitalistischen Staaten trotz Erhöhung der staatlichen Mittel dennoch unbestreitbare Unterfinanzierung der Hochschulen von staatlicher Seite ist also System, die den Einfluß der interessierten Monopole ermöglichen oder erleichtern soll. Der Wissenschaftsrat nannte das „übermäßige und unkontrollierte Bindungen an bestimmte einzelne Unternehmer“.

Das geht soweit, daß unmittelbar nach der Errichtung des neuen Siemens-Forschungszentrums in Erlangen an der Universität Erlangen-Nürnberg eine Technische Fakultät gegründet wurde, deren Profil exakt auf das Siemens-Forschungszentrum zugeschnitten ist:

Table with 2 columns: Struktur der Fakultät, Siemens-Forschungszentrum. Rows include Datenverarbeitung, Elektrotechnik/Elektronik, Mechanik, Werkstoffwissenschaften, Technische Chemie, Automatisierung und Regelungstechnik (Datenverarbeitung), Kernenergie und Kernphysik.

„Die Universität verdankt die Gründung dieser Fakultät einer Gruppe tatkräftiger Persönlichkeiten... Dabei kam ihr zugute, daß die Stadt Erlangen füh-

rende Unternehmen der Technik in ihren Mauern beherbergt, in denen die Universität... interessierte Diskussionspartner bei ihrem Vorhaben gefunden hat.“ (Prof. Dr. H. Volz)

Und das geht soweit, daß ganze Wissenschaftszweige, durch die Errichtung spezieller Fachinstitute monopolisiert werden. So „unterstützt“ die Chemiekonzerne die Errichtung des Kunststoffinstituts an der TH Darmstadt, des Instituts für Kunststoffverarbeitung an der TH Aachen, des Kautschukinstituts an der TH Hannover...

Die Monopole erreichen über das System der Mehrquellenfinanzierung einerseits eine Steigerung der Wissenschaftspolitik in ihrem Interesse und verschaffen sich zum zweiten unmittelbar zusätzliche Forschungskapazität, die wenig kostet, deren Ergebnisse aber nach ihrem Diktat verwertet werden. Der relativ geringe Anteil der Förderungsmitel am Gesamtetat verschafft den Monopolen nach Bedarf sowohl das formaljuristische Mäntelchen als auch die öffentliche Rechtfertigung für die Aneignung der Gesamtheit der Forschungsergebnisse und ihre profitbringende Verwertung.



Zahlen und Stiere aus dem Protokoll der Konferenz „Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Hochschulentwicklung in Westdeutschland“, Dresden 1965 – Grafik: Zentralbild

Über diesen Mechanismus setzen die Monopole, unterstützt von ihrem Staat, alle Änderungen durch, die für ihren Profit und den Erhalt ihrer Gesellschaftsordnung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des veränderten Kraftverhältnisses in der Welt objektiv notwendig werden. Diese Änderungen haben nichts, aber auch gar nichts mit einer wirklich demokratischen Hochschulreform gemein, deren Ziele wir eingangs des ersten Teils unseres Beitrages in UZ 16/68 nannten. Sie sind nichts anderes als die vollständige Integration von Wissenschaft und Hochschulwesen ins staatsmonopolistische Herrschaftssystem; das Wort „Hochschulreform“ ist ihnen nur Tarnwort und Leimorte.

Die in Westdeutschland objektiv notwendige demokratische Hochschulreform – nicht zu verwechseln mit unserer sozialistischen, die auf den Ergebnissen zweier Revolutionen aufbaut – kann nur von den geeinten demokratischen Kräften der westdeutschen Gesellschaft vollzogen werden.

ROLF MOBIUS

AUSLAND

Unser Bild zeigt einen Ausschnitt aus einer Studentendemonstration in Rio de Janeiro, in der die brasilianischen Studenten ihre Erbitterung über die Ermordung eines Kommilitonen durch die Polizei und ihren Haß gegen das Regime Costa de Silva ausdrückten. Die Polizei ging mit gezogenen Säbeln vor und wurde von Hubschraubern mit Sprechfunk unterstützt. 50 Personen wurden verhaftet, mehrere erneut verletzt. Inzwischen haben Studenten in mindestens vier weiteren Städten des Landes Solidaritätskundgebungen durchgeführt. In Rio rückten Panzer und gepanzerte Fahrzeuge mit aufgesessener Infanterie ein.

Massenaktionen gegen imperialistische Hochschulpolitik

Spanien: Vier Universitäten geschlossen In Spanien trat das Kabinett zu einer Sondersitzung über die Studentenbewegung zusammen. Den machtvollen Aktio-

nen der spanischen Studenten für Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, also die Gründung und Zulassung eines unabhängigen Studentenverbandes, setzte das Franco-Regime die Schließung von Universitäten entgegen. Inzwischen haben schon vier Universitäten den Lehrbetrieb eingestellt: Madrid, Sevilla, Valencia und Salamanca.

Italien: Universitäten besetzt

Die Universitäten in Rom und Mailand sind nach wie vor von den Studenten besetzt, die mit Nachdruck die Verwirklichung einer demokratischen Hochschulreform fordern. Die Regierung Italiens versuchte, die Verantwortung an die Fakultäten weiterschieben, die vom Unterrichtsminister ermächtigt wurden, auf eigene Faust mit Reformen zu beginnen. Gleichzeitig wurde den Studenten mit der Annullierung des akademischen Jahres 1967/68 gedroht, falls sie die Universität nicht freigeben. Es kam daraufhin zu erneuten Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei.

Libanon: Studenten streiken

In der libanesischen Hauptstadt Beirut hat die Polizei ein zur Universität gebü-

rendes Gebäude, in dem sich streikende Studenten verbarrikadiert hatten, gewaltsam geräumt. Zahlreiche libanesischen Presseorgane protestierten gegen die dabei von der Polizei praktizierte Brutalität.

Frankreich: Forderungen nach Hochschulreform

Ein neuer Höhepunkt der Demonstrationen an der Universitätsgruppe Paris-Nanterre war eine Veranstaltung von mehr als 1000 Studenten in Nanterre, an der auch Vertreter des westdeutschen Sozialistischen Studentenbundes teilnahmen. Die Demonstranten fordern in Zusammenhang mit einer Hochschulreform Änderungen der gegenwärtigen Universitätsstruktur. Bereits seit Mitte März greifen die Lesungen von Nanterre auch auf zahlreiche andere französische Universitäten über. Staatliche Organe ordneten bereits für drei Tage die Schließung der Geisteswissenschaftlichen Fakultät von Nanterre an.

Westdeutsche Presseorgane werfen dem französischen Erziehungsminister Peyrefitte seine „Zurückhaltung“ vor und fordern ihn zu noch radikalere Vorgehen gegen die demokratischen Studenten auf.

WESTDEUTSCHLAND

Chemiekonzerne melden ihre Ansprüche an

Erneut setzen sich führende westdeutsche Chemieindustrielle, so der Vorstandsvorsitzende der Farbenfabriken Bayer (IG-Farben), Prof. Kurt Hansen, für eine schnelle Reform des Chemiestudiums ein. Um möglichst schnell neue wissenschaftliche Kräfte für die Profitinteressen der Monopole einsetzen zu können, Hansen bezeichnete eine Verkürzung des Studiums „als unbedingt erforderlich“. Er skizzierte den Plänen des Wissenschaftsrates die volle Unterstützung der Chemiekonzerne zu. „Die Wirtschaft legt Wert darauf, die schöpferischen Kräfte möglichst früh zu bekommen.“ Er forderte sogar sechsmonatiges Kurzstudium ohne Diplomabschluß.

Finanzielle Repressalien gegen demokratische Studenten

Mehrere Firmen und Einzelmitglieder der „Vereinigung der Freunde der Studentenschaft der Universität Heidelberg“ traten aus und weigerten sich, weitere Spenden für bedürftige Heidelberger Studenten zu zeichnen, solange das „schlechte Verhalten der Studenten“ sich nicht ändere.